

SONDERAUSGABE

K o m m u n i q u é

Über die Sitzung des Parteivorstandes am 13. und 14. Juni 1952

Der am Wochenende in Bonn stattfindenden gemeinsamen Sitzung des Partei-Vorstandes, des Partei-Ausschusses und der Kontrollkommission der SPD ging am Freitag und Sonnabend eine Sitzung des Parteivorstandes voraus, in der beschlossen wurde, den beiden anderen Körperschaften drei Entschlüsse vorzulegen.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Erich Ollenhauer berichtete in seinem Überblick über aktuelle politische Probleme, daß die Bundestagsfraktion die Einsetzung eines Arbeitsausschusses zur Prüfung des Generalvertrags, des Verteidigungsvertrags und der Zusatzabkommen beschlossen habe. Er erklärte, daß besonders der Anhang zu den Verträgen in Briefwechselform einer genauen Prüfung bedürfe, und er wies auf die Zugeständnisse hin, die man Frankreich hinsichtlich des Status seiner Streitkräfte in Deutschland gemacht habe, und auf den Standpunkt des französischen Rats der Republik, daß das Vertragswerk nur dann von Frankreich ratifiziert werden könne, wenn die USA und England eine noch stärkere Garantie gegen ein Ausbrechen Deutschlands aus der europäischen Verteidigungsgemeinschaft geben.

Als wichtige neue Fakten bezeichnete Ollenhauer die Haltung der französischen und englischen Regierung zu einer Viererkonferenz über die Wiedervereinigung Deutschlands, den Brief des Bundespräsidenten an den Verfassungsgerichtshof, in dem ein Gutachten über die Verfassungsmäßigkeit des Wehrbeitrages angefordert wird, und die Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses und des Rechtsausschusses des Bundesrats, daß alle Ratifikationsgesetze zu den Verträgen der Zustimmung des Bundesrates bedürfen.

Ollenhauer wies auf die Bedenken hin, die auch innerhalb der Koalitionsparteien gegen die Ratifizierung der Verträge bestehen, und auf die Haltung der meisten europäischen sozialistischen Parteien, die den Versuch einer Viermächte-Einigung über Deutschland und Neuwahlen in der Bundesrepublik vor einer Entscheidung über die Ratifizierung der Verträge wünschen.

Es müsse verhindert werden, daß das Vertragswerk mit Hilfe einer unechten Mehrheit in die Welt gesetzt wird. Eine Viermächtekonferenz sei wünschenswert, aber sie müsse auf politischer Ebene, nicht auf administrativer, stattfinden.

Im innenpolitischen Teil seiner Darlegungen betonte Ollenhauer, daß die SPD den politischen Kampf für ein echtes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und ein Betriebsverfassungsgesetz, das dieser Forderung gerecht wird, weiterführen werde.

Der Parteivorstand beschloß die Tagesordnung für den sozialdemokratischen Parteitag, der vom 24. bis 28. September in der Westfalenhalle in Dortmund stattfinden wird. Das große politische Referat wird am 25. September der Parteivorsitzende Dr. Kurt Schumacher halten. Am Sonntag, den 28. September, wird der Parteitag mit einer großen öffentlichen Kundgebung beendet werden.

Über die Arbeit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion berichtete Wilhelm Mellies, über Probleme der Länderreform im Zusammenhang mit Rheinland-Pfalz Franz Bögler.

14. Juni 1952

SPD für Viermächtekonferenz

Vorstand und Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands betonen aufs neue die Notwendigkeit einer Viermächte-Konferenz über die Durchführung von freien Wahlen unter internationaler Kontrolle in allen vier Besatzungszonen und in Berlin.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist der Meinung, dass alles getan werden muss, um das Zustandekommen einer solchen Konferenz zu fördern, und dass alles zu unterlassen ist, was geeignet sein könnte, sie zu verhindern.

Es ist die Pflicht der Bundesregierung, sich für das Zustandekommen der Viererkonferenz einzusetzen, und sie muss ausserdem von den Westmächten verlangen, an den Verhandlungen über die Antwortnote an die Sowjetunion beteiligt zu werden.

Die bisherige Politik der Bundesregierung steht nicht in Übereinstimmung mit ihren wiederholten Erklärungen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit das oberste Ziel ihrer Politik sei.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wendet sich darum auch aus diesem Grunde mit aller Entschiedenheit gegen die durch nichts gerechtfertigte Hast, mit der die Bundesregierung die Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates zu den von ihr unterzeichneten Verträgen herbeiführen will.

— — —

SPD für Berlin-Hilfe

Vorstand und Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begrüßen die Initiative, die die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion ergriffen hat, um eine wirksame Unterstützung Berlins in seinem Kampf gegen die neuen Abschürungsmassnahmen durch die Gewalthaber der Sowjetzone sicherzustellen. Sie fordern die Bundestagsfraktion auf, ihre Anstrengungen für die Durchführung dieser Massnahmen fortzusetzen.

— — —

14. Juni 1952

SPD gegen sowjetzonalen Terror und Austreibung

Partei Vorstand und Parteiausschuss protestieren auf das schärfste gegen die neuen Terrormassnahmen, die die Machthaber der Sowjetzone gegen die Bevölkerung dieser Zone eingeleitet haben.

In dem 5-km-Sperrgürtel an der Zonengrenze wird die Räumung mit brutaler Gewalt durchgeführt. Tausende von Menschen werden zwangsweise aus ihren Heimatgebieten deportiert. Tausende fliehen über die Zonengrenze, und zahlreiche Menschen haben in ihrer Verzweiflung Selbstmord verübt. Unendliches Leid ist über viele Tausende von Menschen gebracht worden.

Die 18 Millionen Menschen der Sowjetzone sind diesen neuen Terrormassnahmen wehrlos ausgeliefert. Es ist daher die Aufgabe der Bundesrepublik, für diese Deutschen die Stimme des Protestes zu erheben und den Opfern zu helfen.

Vorstand und Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bedauern es, dass die Bundesregierung es bis jetzt den Vertretern der Besatzungsmächte überlassen hat, gegen die Terrormassnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht zu protestieren, und dass sie keine Schritte unternommen hat, um durch eine grosszügige Hilfsaktion den aus der Sowjetzone Geflüchteten zu helfen und durch geeignete Massnahmen in den Grenzbezirken die Härten zu mildern, die sich durch die hermetische Abschliessung der Grenze ergeben haben. Sie begrüssen die Initiative der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, und sie geben der Hoffnung Ausdruck, dass es gelingen möge, den Betroffenen schnelle und wirksame Hilfe zuteil werden zu lassen.